

Bericht
der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“
der Ostseeparlamentarierkonferenz
für die
18. Ostseeparlamentarierkonferenz
in Nyborg 2009

Inhalt

- 1. Vorwort**
- 2. Politische Empfehlungen**
- 3. Hintergrund**
- 4. Themenfelder**
 - a) Grenzpendler**
 - b) Jugendarbeitslosigkeit**
- 5. Sitzungen und Termine der Arbeitsgruppe**
- 6. Mitglieder der Arbeitsgruppe**
- 7. Quellennachweis**

1. Vorwort

Die 16. Ostseeparlamentarier-Konferenz in Berlin 2007 forderte in ihrer Abschlussresolution im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die soziale Wohlfahrt in der Ostseeregion, die Parlamente und Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf:

„- die Mobilitätshemmnisse im Arbeitsmarkt zu beseitigen und in jedem Land für angemessene Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen;

- vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von grenzüberschreitenden Arbeitnehmern den Punkt „grenzüberschreitende Arbeitsmärkte“ auf die Tagesordnung des Ostseerates zu setzen und Politiken zu unterstützen, die die Einrichtung von Informationszentren an vielbenutzten Grenzübergängen in der Region zum Ziel haben, um die Mobilität der Arbeitnehmer zu fördern und die Arbeitnehmer in Sozialversicherungsfragen zu beraten. Aufgabe solcher Zentren wäre es, den Arbeitnehmern umfassende Informationen zum Steuer- und Sozialversicherungsrecht bereitzustellen. Auch die Information über Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten in den Nachbarländern der Region muss verbessert werden;

- integrierende Arbeitsmärkte zur Eingliederung benachteiligter Gruppen und junger Menschen zu fördern, um sie in die Arbeit und die Gesellschaft einzugliedern und ihr Potenzial zu nutzen;

- die soziale Verantwortung der Unternehmen in den Ostseeanrainerstaaten unter Verweis auf die ILO- und OECD-Standards zu fördern und nicht zuzulassen, dass in multinationalen Unternehmen mit zweierlei Maß gemessen wird.“

Ebenfalls wurde in der 16. Ostseeparlamentarier-Konferenz in Berlin 2007 beschlossen eine Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ zu bilden. Das Standing Committee setzte diese Arbeitsgruppe in seiner Sitzung am 8. Oktober 2007 in Gdynia (Polen) ein. Es gab den Mitgliedern der Arbeitsgruppe den Auftrag, sich mit der Entwicklung der Arbeitskräfte-mobilität in grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten und mit der Integration arbeitsloser junger Menschen in die Arbeitsmärkte zu befassen und zu beiden Themenbereichen Empfehlungen auszusprechen. Dabei gab das Standing Committee der Arbeitsgruppe auf, entsprechend der Resolution, den Dialog mit den Sozialpartnern in ihre Tätigkeit mit aufzunehmen.

Das Standing Committee bat die Arbeitsgruppe bei der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz in Visby (Schweden) 2008 einen Zwischenbericht zu geben und für die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz in Nyborg (Dänemark) 2009 ihren Schlussbericht vorzulegen.

2. Politische Empfehlungen

Der Resolution der 16. BSPC ist zu entnehmen, dass sich die Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ der Ostseeparlamentarierkonferenz überwiegend mit dem Thema der grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte in der Ostseeregion und der Einrichtung von Informationszentren an vielbenutzten Grenzübergängen in der Region, die den grenzüberschreitenden Arbeitnehmern umfassende Informationen im Hinblick auf eine Förderung ihrer Mobilität vermitteln sollen, beschäftigt hat. Weiterer Schwerpunkt war die Jugendarbeitslosigkeit in der Ostseeregion und die Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche, damit sie in die Arbeit und die Gesellschaft eingegliedert und ihre Potenziale genutzt werden können. Zu diesem Zweck und damit durch die Arbeitsgruppe auf den Tagesordnungen eines jeden Landes in der Ostseeregion die politische Aufmerksamkeit auf den Arbeitsmarkt

und die soziale Wohlfahrt gelenkt wird, werden folgende Initiativen und Maßnahmen empfohlen:

Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte und Grenzpendler

- **Die vorhandenen Informationszentren** in der Ostseeregion für die Bereitstellung von Informationen zur sozialen Sicherheit sowie zum Arbeits- und Steuerrecht für grenzüberschreitende Arbeitnehmer müssen **verstärkt** und ausgeweitet werden, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen. An von grenzüberschreitenden Arbeitnehmern häufig genutzten Grenzübergängen und Orten, **wo die Zahl der grenzüberschreitenden Arbeitnehmer wächst, es aber noch keine Informationszentren gibt, müssen neue Zentren eingerichtet werden.** Dies gilt insbesondere für den **Osten und Südosten** der Ostseeregion. Für die Einrichtung und Ausweitung der Zentren sind die Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit den betreffenden Grenzregionen verantwortlich. Die Arbeitsgruppe fordert die EU auf, diesen Prozess in sachlicher, organisatorischer und finanzieller Hinsicht zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten der BSPC, des CBSS und der EU sind verpflichtet, gerechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sicherzustellen.
- Die in den Informationszentren tätigen **Berater** sollten die in den Ländern auf beiden Seiten der Grenze gesprochenen Sprachen fließend beherrschen. Es sollte sich um Fachleute betreffend Fragen zur Sozialgesetzgebung, zum Arbeitsrecht, Steuerrecht und zur Gesetzgebung über die Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten sowie zur Sozialversicherung im Fall von Arbeitslosigkeit oder Ruhestand handeln. Sie sollten auch in der Lage sein, Auskünfte zur Kinderbetreuung, zum Bildungssystem, zu Familienleistungen und zu den gesetzlich festgelegten Arbeitsbedingungen zu erteilen. Ihre Empfehlungen sollten umfassend und verbindlich sein. Die Mitarbeiter der Informationszentren sollten über verfügbare Arbeitsplätze auf beiden Seite der Grenze gut informiert sein und diese Informationen weiterleiten.
- Ebenso sollten **Mobilitätshemmnisse festgestellt werden und sämtliche Bemühungen zu deren Abbau** in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden erfolgen.
- Zur Förderung der **Zusammenarbeit** zwischen den verschiedenen Interessenvertretern sollten die Informationszentren regelmäßige **Foren zum Informationsaustausch** über die Lage der grenzüberschreitenden Arbeitnehmer unter Beteiligung der **Vereinigungen der grenzüberschreitenden Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Arbeitgeber und politischen Entscheidungsträger** veranstalten oder organisieren.
- Diese Zusammenarbeit sollte durch die **Einrichtung gemeinsamer Räte für die Grenzregionen** ergänzt werden, die regelmäßig den gegenwärtigen Stand und die Entwicklung der Region erörtern und ihre Entwicklung in Zusammenarbeit mit den Behörden fördern. Es müssen mit entsprechender politischer Unterstützung funktionierende Netzwerke für den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen allen Wirtschaftsteilnehmer in der Region aufgebaut werden. Dadurch werden die Mobilität gefördert und das Wirtschaftswachstum und der Wohlstand in der Region gesteigert.
- Die Informationszentren sollten über eigene **Internet-Plattformen** verfügen, die ausführlich über ihre Arbeit informieren. Diese Seiten sollten interaktiv sein, sodass die Nutzer Zugriff auf die benötigten Informationen haben.

- Zur Förderung der Mobilität sowie der Verbesserung der erteilten Auskünfte und der Umsetzung der Gesetzgebung in den betreffenden Ländern **sollte ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch über die Arbeit der Informationszentren in der gesamten Ostseeregion** stattfinden, sollten Beispiele für bewährte Verfahren vorgestellt und der Kontakt zu den politischen Entscheidungsträgern aufrechterhalten werden.
- Der Ostseerat **sollte Fragestellungen betreffend grenzüberschreitende Arbeitnehmer, die allgemeine Einbindung in den Arbeitsmarkt und die Förderung der Mobilität in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen. Dabei sollten auch Zeit- und Saisonarbeiter Berücksichtigung finden. Bei den Arbeitsmarktthemen sollte den Gleichstellungsfragen uneingeschränkte Aufmerksamkeit geschenkt werden.** Die Arbeit des Ostseenetzwerks für Arbeit (Baltic Sea Labour Network - BSLN) sollte unterstützt und der Ostseerat sollte dabei als Partner eine aktive Rolle spielen.
- Zur Förderung der Mobilität, der Verbesserung der sozialen Sicherheit und der Steigerung des Wirtschaftswachstums in den Grenzregionen sollten die Erfahrungen, die die Informationszentren im Laufe ihrer Arbeit zusammentragen, in die **Reformtätigkeiten der Europäischen Union** einfließen. **Eine Voraussetzung für die Erleichterung der Bedingungen für grenzüberschreitende Arbeitnehmer ist die praktische Umsetzung sowohl der Dienstleistungsrichtlinie und der Entsendungsrichtlinie als auch der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft.** In diesem Zusammenhang sollten die Mitgliedstaaten einer automatischen bilateralen Anerkennung von Berufsabschlüssen zustimmen. Ähnliche Abkommen mit Drittstaaten im Ostseeraum sollten, soweit möglich, gefördert werden.
- Den Mitgliedstaaten der BSPC, des CBSS und der EU und den regionalen Behörden wird empfohlen, die Verkehrswege auszubauen und die **Qualität des öffentlichen Nahverkehrs in den Grenzregionen zu verbessern**, damit das Reisen für die grenzüberschreitenden Arbeitnehmer erleichtert und somit ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Wirtschaftswachstum in dieser Region geleistet wird.

Jugendarbeitslosigkeit

- Im Laufe ihrer zweijährigen Arbeit ist die Arbeitsgruppe zu dem Schluss gelangt, dass **Bildungs- und aktive Arbeitsmarktpolitiken die entscheidenden Faktoren sind**, damit junge Menschen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekommen oder sich selbständig machen und um die Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern.
- Den Mitgliedstaaten der BSPC, des CBSS und der EU und den zuständigen Ministerien und regionalen Behörden wird deshalb empfohlen, dafür Sorge zu tragen, dass **Hauptschüler, lange bevor sie die Schule verlassen, eine Einführung in die Arbeitswelt erhalten.**
- In Zusammenarbeit mit Schulen, Unternehmen, den zuständigen Behörden und Ministerien sollten Programme entwickelt werden, damit allen Schülern, lange bevor sie die Schule verlassen, **Gelegenheit gegeben wird, ihre Erfahrungen in der Arbeitswelt durch Betriebspraktika in Unternehmen, Behörden, öffentlichen Einrichtungen und anderen Organisationen zu vervollständigen.**

- Im Rahmen eines Ansatzes, dessen Motto „**Unternehmen in der Schule**“ lauten könnte, sollten Arbeitgeber regelmäßig von Lehrern eingeladen werden und Jugendliche vor ihrem Schulabschluss über Betriebspraktika und Ausbildungsmöglichkeiten einschließlich der Möglichkeiten zur Selbständigkeit informieren.
- In Zusammenarbeit mit den zuständigen Einrichtungen (Behörden, Arbeitgeber und Gewerkschaften) **sollten in der Region regelmäßig sektorübergreifende Ausbildungsmessen veranstaltet werden.**
- Regionale Arbeitsagenturen sollten eine **ausbildungsbezogene Unterstützung** wie beispielsweise durch Berater, die gleichzeitig auch Kontaktpersonen für Unternehmen sind, die über Ausbildungsplätze verfügen, sowie durch zusätzliche Möglichkeiten zur Weiterbildung und zum Erwerb von Qualifikationen usw. **anbieten.**
- Zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit sollten die nationalen Regierungen ihre Bemühungen verstärken und **mit Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern Vereinbarungen über die Schaffung von Ausbildungsplätzen treffen.**
- **In den Schulen sollten von den Vertretern der regionalen Arbeitsagenturen mit Unterstützung der Lehrer Beratungszentren eingerichtet werden,** in denen die Fragen der Jugendlichen zu Ausbildungsprogrammen und Beschäftigungsaussichten beantwortet werden.
- Nationale und regionale Behörden sollten **für Schulabgänger, die noch keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden haben, individuelle Pläne** erstellen. Allen Mitgliedstaaten der BSPC, des CBSS und der EU wird empfohlen, dafür Sorge zu tragen, dass die **Arbeitsagenturen spätestens drei Monate nach dem Schulabgang Möglichkeiten zur Weiterbildung und Erlangung von Qualifikationen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze anbieten.** Das Ziel sollte darin bestehen sicherzustellen, dass es zu Beginn des Arbeitslebens der Jugendlichen keine langen Zeiten der Arbeitslosigkeit gibt.
- Ein Beispiel für einen möglichen Anreiz in diesem Zusammenhang könnte das Angebot sein, Unternehmen, die bereit sind, Jugendlichen Ausbildungsplätze bereitzustellen, einen **Zuschuss** zu zahlen.
- Bei Ausbildungsprogrammen für verwandte Berufe **sollten modulare Ausbildungskurse eingerichtet werden, wobei die im Ausbildungsprogramm für einen Beruf erworbenen Qualifikationen in den anderen Berufen anerkannt werden.**
- **Besondere Möglichkeiten (erst Einstellung, dann Ausbildung) sollten für Jugendliche geschaffen werden, die Schwierigkeiten haben, den Weg in den Arbeitsmarkt zu finden.**
- **Jugendlichen, die kein Interesse an einer Ausbildung oder eine Ausbildung abgebrochen haben,** sollte, um niemanden außen vor zu lassen, eine weitere Gelegenheit gegeben werden, eine Lehr- oder Arbeitsstelle anzunehmen.
- **Jugendliche mit Behinderungen** sollten in allen Mitgliedstaaten mittels spezifischer Programme **in Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse eingegliedert werden.**

- Im Rahmen des CBSS **sollten bewährte Verfahren in den Bildungssystemen der Länder ausgetauscht werden, um festzustellen, wie das wachsende Problem der Schüler ohne oder mit einem schlechten Schulabschluss (niedriges Qualifikationsniveau) am besten gelöst werden kann.** Das sollte in Zusammenarbeit mit Lehrern sowie Pädagogen und Erziehern erfolgen.
- Die Arbeitsgruppe stellt in ihrem Schlussbericht **einzelne Beispiele für bewährte Verfahren betreffend die Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen in der Ostseeregion vor**, die zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit empfohlen werden.

3. Hintergrund

Grundlage der Tätigkeit der Arbeitsgruppe sind die genannten Beschlussfassungen vor dem Hintergrund zunehmend entstehender grenzüberschreitender Arbeitsmärkte rund um die Ostsee. Damit verbunden ist eine steigende Zahl von Arbeitnehmern die in den jeweiligen Nachbarländern als Grenzpendler arbeiten.

Der Resolutionstext zur Förderung der Integration in die Arbeitsmärkte und der Eingliederung besonders der jungen Menschen in Arbeit und Gesellschaft sowie der Appell ihre Potentiale zu nutzen, war die Basis für die Arbeitsgruppe sich ebenso mit der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in der Ostseeregion zu befassen. Dabei hat sie sowohl die Ursachen für die Jugendarbeitslosigkeit wie auch die Strategien der einzelnen Länder zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit beraten. Sie gibt in diesem Bericht für jedes Land beispielhaft Best-Practice-Beispiele wieder und formuliert ebenso politische Empfehlungen zur besseren Integration von jungen Menschen in Ausbildung und Arbeit.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit befassten sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe mit einem ersten Überblick über die relevanten Grenzregionen mit grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten in der Ostseeregion sowie mit den bislang zugänglichen Daten. Die Arbeitsgruppe definierte Grenzpendler als täglich, wöchentlich pendelnde oder über mehrer Wochen und Monate im anderen Land arbeitende Beschäftigte. Gerne hätte sich die Arbeitsgruppe ebenso mit spezifischen Fragen der Bildung und der Gender-Aspekte befasst. Die defizitäre Datenlage hat dies jedoch nicht ermöglicht.

Die der Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellten Berichte und Präsentationen von Institutionen aus den einzelnen Ländern zeigten, dass sich die Zahl der Grenzpendler in den letzten Jahren ständig erhöht hat. Die Gründe hierfür sind vielfach:

- Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU
- Arbeitskraftbedarf einiger Nationen
- Verhinderung oder Beendigung von Arbeitslosigkeit
- bessere Einkommen, Arbeits- und/oder Wohnbedingungen,
- Bessere Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern
- Soziale Sicherheit und Stabilität
- Bessere Möglichkeiten für Bildung, Karriere und Beschäftigung

In den Beratungen der Arbeitsgruppe wurde deutlich, dass grenzüberschreitende Arbeitsmärkte die Beschäftigungschancen verbessern und zur dynamischen Entwicklung der Regionen zum Vorteil der Wirtschaft, der Unternehmen und der Arbeitnehmer beitragen können. Sie fördern die Flexibilität, eröffnen Möglichkeiten andere Arbeitsbedingungen zu erfahren,

lösen Konflikte auf unterschiedlichen Wegen und vermitteln andere Hierarchiestrukturen, Kulturen und Werte.

Gleichwohl gibt es Herausforderungen wie: Informationsdefizite, Unausgeglichenheit zwischen Freiheiten und Rechten im Arbeitsmarkt, unausgewogene regionale Entwicklungen, demographische Herausforderungen, Arbeitskraftknappheit, Arbeitskraftdefizite in bestimmten Berufen und verschiedenen Wirtschaftssektoren, Abwanderung junger und qualifizierter Arbeitskräfte, illegale Arbeitskräfte, Dumpinglöhne und -arbeitsbedingungen, Sozialversicherungsfragen bei der Beschäftigung in zwei Ländern, Rehabilitationsmöglichkeiten, Arbeitslosengeldfragen bei Aushilfsjobs, Berufsausbildung, Besteuerung von Unternehmen mit Zeitarbeitnehmern, fehlende Sprachkenntnisse, schlechte Verkehrsinfrastrukturen, Defizite im sozialen Dialog zwischen Regierung, Administration, Unternehmen und Gewerkschaften etc.

Erfahrungen zeigen, dass bei den Entscheidungen zur Arbeitsaufnahme in einem anderen Land bzw. im Nachbarland eine Vielfalt von Fragen für Arbeitnehmer aber auch Arbeitgeber entstehen. Dabei geht es im sozialen Bereich um die Themenfelder der sozialen Sicherheit von der Kranken-, der Pflege-, der Unfall-, der Arbeitslosen- bis hin zur Rentenversicherung. Arbeitsrechtliche Fragestellungen wie z.B. hinsichtlich des Kündigungsschutzes, der Tarifverträge oder Arbeitnehmerrechte im Betrieb spielen ebenso eine Rolle. Hinzu kommen häufig vor dem Hintergrund unterschiedlicher steuerrechtlicher Regelungen auch Fragen des Steuerrechts. Ebenso sind die jeweiligen staatlichen sozialen Leistungen wie z.B. für Kinder oder die Familie Themen.

Einige Regionen und Länder haben hierauf in den vergangenen Jahren bereits mit der Einrichtung von Informationszentren, Info-Büros, Internet-Plattformen oder Grenzpendlerprojekten reagiert. In anderen Bereichen bestehen vergleichbare Initiativen nicht.

Bis auf Island, Norwegen und Russland gehören alle an der Ostseeparlamentarierkonferenz beteiligten Länder der EU an. Ein präzises genaues Bild der Zahl der Grenzpendler lässt sich in der EU genauso wenig konkret zeichnen, wie in den Staaten der Ostseeregion. Häufig fehlen statistische Erhebungen. Werden dennoch Zahlen genannt, so sind sie auf der Basis unterschiedlicher Methoden zustande gekommen. Dies hat zur Folge, dass die meisten Daten auf Schätzungen und Hochrechnungen basieren. Neben den aus den verschiedensten Quellen vorliegenden Daten konnten wir aktuell auch auf die aus 2006/2007 basierenden Zahlen einer im Referat G 3 der Generaldirektion Employment 5 von EURESCO in Brüssel ausgeschrieben und finanzierten in Auftrag gegebenen Studie der MKW Wirtschaftsforschung GmbH, München, zurückgreifen. Das ändert jedoch nichts an dem Zustand, dass die Datenlage prinzipiell sehr schlecht ist. Dennoch kann von einer erheblichen Steigerung der Grenzpendlerzahlen in den letzten Jahren ausgegangen werden. Inzwischen dürften zwischen 70.000 bis 120.000 Arbeitnehmer in der Ostseeregion als Grenzpendler angesehen werden.

Unter Ziffer 5. dieses Berichtes erfolgt eine Auflistung der Sitzungstermine der Arbeitsgruppe sowie der Gesprächspartner. Dabei wird deutlich, dass die Arbeitsgruppe sowohl den Sachverstand von Gewerkschaftsvertretern (Baltic Sea Trade Union Network – BASTUN) wie auch Arbeitgebervertretern (BUSINESS EUROPE), Regierungsvertretern, Fachbeamten der jeweiligen Regierungen, Wissenschaftlern und Experten zu den Themen Grenzpendler sowie Jugendarbeitslosigkeit in ihre Beratungen mit einbezogen hat.

Die Arbeitsgruppe hat auch die Wirkung der aktuellen, weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die von ihr behandelten Themenfelder besprochen. Anhand der Entwicklung der Daten zur Jugendarbeitslosigkeit wird dabei deutlich, dass in Verbindung mit dem Anstieg der allgemeinen Arbeitslosigkeit in den Ländern auch die Quoten der arbeitslosen jungen Menschen wieder steigen. Bei den Grenzpendler-Entwicklungen ist davon auszugehen, dass hier ein leichter Rückgang stattfindet bzw. es zu einer vorübergehenden Stagnation kommt.

Informationszentren, Info-Büros oder Einrichtungen zur Information bestehen/bestanden in:

Sweden / Finland	Tornedalen Region	Center of Commuters Tornio and Hapanranda / Infocenter Hapanranda Tornio / EURES Cross-border Tornedalen
Norway	Region Oslo and South-East parts of Norway	Service Centre for Foreign Workers in Oslo
Sweden / Norway	Regionen Arvika (S) / Kongsvinger (N) Moruklien (N) Värmland/Dalarna (S) / Akershus/Østfold (N)	Call centre " <i>GrenseTjänsten</i> ",
Norway / Sweden	Regionen Østfold (N) / Västra Götaland (S)	" <i>Grensependel</i> " project (until end-2006)
Denmark / Sweden	Regionen Copenhagen (DK) / Malmö (S)	Info centre for cross-border commuters in Copenhagen, Malmö and Helsingör
Denmark / Germany	Regionen Sønderjylland (DK) / Schleswig (D)	Regionscontor Sønderjylland – Schleswig Info centre Grænse, Padborg
Finland / Russia	Euroregion Karelia	
Norway / Sweden	Region The North Calotte	www.arcticjob.net
Finland / Russia Finland / Estonia	Region Helsinki/ Tallinn	Finnish Working Life Information point Tallinn (until end-2008)
Estonia / Latvia	Region Valga (EE) / Valka (LV)	Estonian – Latvian Committee for Cross-border Cooperation
Poland / Germany	Regionen Neisse-Bober Pro Europe Viadrina Pomeriania	

Mit der obigen Darstellung wird deutlich, dass es im Westen und Norden der Ostseeregion bereits bestehende Strukturen von Informationseinrichtungen und -projekten gibt. Hingegen bestehen im Osten und Süden jedoch kaum institutionalisierte Informationsmöglichkeiten. Manche der Einrichtungen sind im Zusammenhang mit den Aktivitäten von EURES (European Employment Services) und verschiedenen Programmen der Europäischen Union entstanden. Ziel von EURES ist es, die berufliche und geografische Mobilität zu unterstützen, komprimierte Information, Beratung und Vermittlung zu bieten.

Im Folgenden werden nach dem Uhrzeigersinn die Grenzpendlerregionen und die vorliegenden Daten rund um die Ostsee dargestellt.

4. Themenfelder

a) Grenzpendler

Deutschland - Dänemark

Eine Region, die zwischen Dänemark und Deutschland stark von Grenzpendlerbewegungen geprägt ist, ist **Sønderjylland – Schleswig**. Angesichts der Planungen zum Bau einer festen Fehmarn-Belt-Querung ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahren auch in der Region **Storstrøms - Ostholstein/Lübeck** die Zahl der Grenzpendler steigen dürfte.

Im Bereich Sønderjylland-Schleswig haben sich die Grenzpendlerzahlen in den letzten Jahren rasant entwickelt. Derzeit gehen die Schätzungen von ca. 4.000 (Eures/IAB) bis zu 19.200 (Infocenter Grenze) aus. Gleichzeitig wird vermutet, dass ca. 1.200 in Dänemark wohnende Arbeitnehmer, als Pendler in Deutschland arbeiten.¹

Andere Quellen gehen von insgesamt ca. 3.200 Grenzpendlern zwischen beiden Ländern für 2006/2007 aus. Ca. 620 pendeln demnach von Dänemark nach Deutschland und ca. 2.680 von Deutschland nach Dänemark.²

Im Gebiet **Sønderjylland – Schleswig** gibt es seit 1997 eine enge regionale Kooperation. So besteht ein Regionalrat mit insgesamt 42 Mitgliedern von beiden Seiten. Dieser Rat führt u.a. diverse EU-finanzierte Projekte durch.³ Eine direkte Maßnahme, um das Grenzpendeln zu vereinfachen, ist die Beratungsstelle „**Infocenter Grenze**“, die im August 2004 als Abteilung des Regionkontors gegründet wurde. Zu den Aufgaben des Zentrums gehören Beratung, Information über Arbeits- und Wohnmöglichkeiten im jeweils anderen Land, über die Unterschiede beiderseits der Grenze, über Sozialsysteme, Gesetzgebung und die Steuersysteme nördlich und südlich der Grenze und Weiterleiten an die richtige Adresse. Es arbeitet in Kooperation mit Gewerkschaften, Behörden, Vereinen sowie Verbänden und ist für alle zugänglich.⁴

¹ <http://www.flensburg.de/wirtschaft-arbeit/grenzpendler/index.php>

² **Stand 2006/2007**, MKW-Wirtschaftsforschung GmbH

³ Interreg III A – Projekte der Region **Sønderjylland – Schleswig** <http://www.regnetddk.org/documents/00029.pdf>

⁴ www.region.de

Norwegen

Norwegen – Dänemark

Die Pendlerströme zwischen Norwegen und Dänemark erfolgen im Kern entlang der Fähr- und der Flugverbindungen zwischen beiden Ländern. Derzeit wird davon ausgegangen, dass ca. 2.300 Beschäftigte von Dänemark nach Norwegen und ca. 600 von Norwegen nach Dänemark pendeln.⁵

Norwegen - Schweden

Norwegen und Schweden haben mit gut 1.600 Kilometern eine der längsten Grenzen Europas, soziale und wirtschaftliche Kontakte zwischen den beiden Staaten sind daher schon seit langem historisch. Die Zahl der Grenzpendler zwischen Norwegen und Schweden dürfte bei ca. 17.100 – 18.900 liegen. Dabei pendeln ca. 1.200 bis ca. 1.960 von Norwegen nach Schweden und ca. 15.900 in die entgegengesetzte Richtung.⁶

Die Schwerpunkte großer Grenzpendlerströme sind folgende Gebiete:

Värmland-Dalarna/Aakershus-Östfold – Projekt „*GrenseTjänsten*“
Arvika/Kongsvinger – wird von „*GrenseTjänsten*“ bedient
Östfold/Västra-Gotland – Busprojekt „*Grensependel Norge-Sverige*“ bis Ende 2006

In der Region **Värmland-Dalarna/Aakershus-Östfold** existiert das Projekt „*GrenseTjänsten*“ mit einem Callcenter. Dieses Center steht Grenzpendlern für Fragen und Informationen zur Verfügung. Dabei arbeiten die Mitarbeiter eng mit den Experten der jeweiligen Behörden auf beiden Länderseiten zusammen.

Die Region **Arvika/Kongsvinger (ARKO)**⁷ ist eine Euroregion. Die Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen schwedischen und norwegischen Kommunen begann bereits 1967 zurück. In rechtlichen und steuerlichen Fragen besteht für die Grenzpendler aus dieser Region die Möglichkeit sich an das Callcenter „*GränseTjänsten*“ zu wenden.

In der Region **Östfold/Västra-Gotland** gab es zwischen den Städten Oslo (NO) und Strömstad (SE) das Busprojekt „*Grensependel*“.

Norwegen-Schweden-Finnland-Russland

Im hohen Norden existiert die Region Nord-Calotte. Sie verbindet die nördlichen Teile von Norwegen (*Nordland, Tromsø, Finnmark*), Schweden (*Norbotten*), Finnland (*Lappland*) und der Koala Halbinsel von Russland. Auch diese Region verzeichnet Grenzpendlerströme. Hauptzielland der Grenzpendler ist aufgrund der guten Arbeitsbedingungen Norwegen. Die meisten Grenzpendler kommen aus der Region Murmansk in Russland. Dies gilt vor allem für die Fischerei. Weniger Bewegung gibt es Richtung Russland. Nennbare Zahlen stehen leider nicht zur Verfügung. Es gibt eine Internetseite namens *Arctic Jobnet*⁸ die die Informationen über die Arbeitsmöglichkeiten in den vier Staaten übermittelt.

Die Pendlerzahlen Norwegen – Schweden sind oben genannt. Von Norwegen nach Finnland dürften 200 Beschäftigte pendeln. Wogegen 1.000 Finnen in Norwegen arbeitende Grenz-

⁵ **Stand 2005**, Nordische Pendlerkarte http://www.norden.org/en/publications/publications/2008-599/at_download/publicationfile

⁶ **Stand 2006**, Nordisches Statistikjahrbuch 2008, <http://www.norden.org/pub/ovrigt/statistik/sk> und MkW

⁷ **Euroregion ARKO**. http://www.arko-regionen.org/om_arko.asp

⁸ www.arcticjobnet.net

pendler sind.⁹ Grenzpendlerdaten von Russland in die Länder Norwegen, Schweden und Finnland oder in die entgegengesetzte Richtung lagen nicht vor.

Schweden

Die schwedischen Grenzregionen sind vor allem Tornedalen (Schweden-Finnland), die Øresund-Region und die verschiedenen Grenzübergänge zu Norwegen.

Schweden-Finnland

Im stark von Grenzpendlern zwischen Schweden und Finnland frequentierten Gebiet **Tornedalen** wurde bereits von 1997 bis 1999 in den Gemeinden Tornio und Haparanda ein gemeinsames **Intereg II Eurocity Jobcenter Projekt** durchgeführt. Als Ergebnis dieses Projekts ist das **Infozentrum in Haparanda** für Grenzpendler entstanden.

Die Aufgaben dieses Zentrums sind:

- Erstellung vergleichbarer Statistiken über den Arbeitsmarkt und die Erwerbsbevölkerung beidseits der Grenze.
- Beseitigung von Engpässen.
- Knüpfen von Kontakten zu Unternehmern und potenziellen Unternehmern aus verschiedenen Branchen.
- Bereitstellung von Arbeitsmarktinformationen für Unternehmen, Arbeitssuchende und Studierende sowie von Informationen über Praktika, Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten beiderseits der Grenze.
- Aktivierung von Kleinunternehmern aus Branchen mit ausgeprägtem Personalmangel.

Insgesamt kann von ca. 4.300 Grenzpendlern ausgegangen werden. Davon pendeln ca. 2.000 von Schweden nach Finnland und ca. 2.300 in die Gegenrichtung.¹⁰ Anderen statistischen Erhebungen zufolge liegt die Gesamtzahl bei ca. 6.140, wovon ca. 2.360 aus Schweden in Finnland und ca. 3.780 aus Finnland in Schweden arbeiten¹¹.

Schweden - Dänemark

Die **Øresund-Region** zwischen Dänemark und Schweden ist mit ihren 3,5 Millionen Einwohnern die am dichtesten besiedelte Region in Skandinavien. Die Grenzpendlerbewegungen finden hier mehr in Richtung Schweden-Dänemark als Dänemark-Schweden statt.

Ca. 18.000 Menschen pendeln täglich zwischen Wohnort und Arbeit über den Øresund. Die Pendlerzahlen sind in den letzten Jahren nach dem Bau der Øresund-Querung von 13.316 in 2006 auf gut 18.000 in 2008 angestiegen. Die Mehrheit, 15.700, benutzt dabei die Øresund-Brücke.¹² Gut 16.000 Beschäftigte pendeln von Schweden nach Dänemark. Ca. 2.000 Menschen, die in Dänemark wohnen, pendeln dagegen nach Schweden.¹³ Hintergrund hierbei ist vor allem die im Gegensatz zu Schweden erheblich bessere Arbeitsmarktsituation auf dänischer Seite. Weitere Untersuchungen arbeiten mit Zahlen von insgesamt ca. 13.380. Dabei kommen ca. 12.740 aus Schweden und nur ca. 640 aus Dänemark¹⁴.

⁹ **Stand 2005**, Nordische Pendlerkarte.

¹⁰ Ibid.

¹¹ Mkw

¹² **Stand 2008**. www.tendenoeresund.org

¹³ **Stand 2005**. Nordische Pendlerkarte.

¹⁴ Mkw

Åland

Die jährliche Wanderungsbewegung zwischen Åland und anderen Regionen beläuft sich auf rund 1.500 Personen bzw. knapp über 5 % der Einwohner Ålands. Dank der beachtlichen lokalen Schiffsbauindustrie ist die Zahl der Berufspendler, obwohl die Region eine Inselgruppe ist, im Verhältnis zu der Beschäftigtenzahl insgesamt sogar noch höher.

Die Zahl der „Einpendler“ nach Åland, das heißt der Personen, die zu den Arbeitsplätzen in der lokalen Schiffsbauindustrie pendeln, ist beachtlich und belief sich nach den verfügbaren Statistiken in den letzten Jahren auf rund 2.500 Personen. Die Mehrheit dieses Zustroms an Einpendlern kommt aus dem Südwesten Finnlands; darunter sind aber auch in Schweden und insbesondere in der Region um Stockholm lebende maritime Arbeitskräfte. Die Reedereien verfügen auch über Mitarbeiter aus dem Baltikum, jedoch nur in einem sehr begrenzten Umfang.

Genauere Zahlen über den entsprechenden Strom an „Auspendlern“ von Åland liegen leider kaum vor. Aufgrund verschiedener Quellen wird die Zahl der Personen, die in Åland wohnen und zu maritimen Arbeitsplätzen bei Reedereien außerhalb Ålands auspendeln, auf 320 geschätzt, wobei es sich aber auch um 600-700 handeln könnte. Das bedeutet, dass, selbst wenn man von der vorsichtigsten Schätzung ausgeht, ein bedeutender Anteil der qualifizierten maritimen Arbeitskräfte in Unternehmen außerhalb Ålands oder bei älandischen Reedereien beschäftigt ist und unter ausländischer Flagge fährt.¹⁵

Finnland

Finnland-Russland

Finnland und Russland teilen miteinander eine sehr lange Landesgrenze. Sie war für fast 70 Jahre geschlossen, obwohl es enge wirtschaftliche Kontakte zwischen der damaligen Sowjetunion und Finnland gab. Eine regionale Zusammenarbeit bestand nicht¹⁶ und eine Arbeitskraftmobilität hat daher an dieser Grenze keine Tradition. Das jetzige Interesse dafür ist aber groß und das besonders an der finnischen Seite, da die Region Karelien stark von Bevölkerungsalterung und Abwanderung in andere finnischen Regionen betroffen ist. Seit dem Jahr 1992 gibt es ein grenzüberschreitendes Kooperationsabkommen zwischen den beiden Staaten. Danach wurden auch auf beiden Seiten spezielle Arbeitsgruppen gebildet. 1998 wurde die Euroregion Karelia gegründet. Sie verbindet auf finnischer Seite die Kommunen Nord-Karelia, Kainuu, Oulu und auf russischer Seite die Republik Karelia. Die Zusammenarbeit hat sich bis jetzt auf den Aufbau der Infrastruktur sowie soziale, kulturelle und wirtschaftliche Koordinierung konzentriert. Hinzu kam die Vermittlung von russischen Saisonarbeitern in die Landwirtschaft. Nennenswerte Grenzpendlerströme sind derzeit nicht bekannt. Etwas besser steht es mit der Schätzung von Saisonarbeitern. Im Jahr 2003 wurden in Nord-Karelien 1100 Arbeitserlaubnisse ausgegeben 77 Prozent davon für Saisonarbeit in der Landwirtschaft. Diese gelten für 3-4 Monate und wurden zu 94 Prozent an russische Staatsangehörige erteilt,¹⁷ Inzwischen beträgt die Zahl der Saisonarbeiter schon „mehrere Tausende“.¹⁸ Der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen russischen Saisonarbeiter in ganz Finnland hat nach der

¹⁵ Länderbericht Åland 2008

¹⁶ Eskelinen, Heikki: 2008. S. 7. "Market-driven Processes in an Altered Geopolitical Context: Evolving Patterns of Cross-border Interaction in the Finnish-Russian Case" Paper presented at the Border Regions in Transition IX Conference http://publicadmin.uvic.ca/brit_ix/papers/eskelinen.pdf

¹⁷ Ibid., S. 26.

¹⁸ Eskelinen 2008, S. 6.

EU-Erweiterung zugenommen. Dies wird von der finnischen Regierung unter anderen mit einer besseren Zusammenarbeit an der Grenze in Saisonarbeits-Fragen erklärt.¹⁹

Die Bevölkerungszahl in Nord-Karelien sinkt immer noch in allen Gebieten. Es wird geschätzt, dass von 2000-2030 die Region ca. 27 000 erwerbsfähige Menschen verlieren wird. Dies bedeutet einen akuten Arbeitskräftmangel.²⁰ Bis 2013 wird noch die Immigration von 4.200-5.700 russischen Staatsbürgern nach Nord-Karelien erwartet.²¹

Noch weniger Daten gibt es über die Bewegung von Arbeitskräften aus Finnland nach Russland. Da die Pendler theoretisch meistens für bessere Löhne anfangen Staatsgrenzen zu überschreiten, ist Pendeln in dieser Richtung auch kaum zu erwarten. Die Stadt Imatra im Süd-Karelien wirbt für die Region mit dem Geschäftsmodell „Production in Russia – Management in Finland“, da die Strecken kurz genug sind, um tägliches Pendeln möglich zu machen.²² Die Produktionsstandorte würden dann in St Petersburg oder in dem Bundesland Leningrad liegen, wohin dann Manager aus Finnland, wenn nötig, täglich hinpendeln könnten. Wie viele solche Geschäftsmodelle es gibt, und wie groß die Zahl solcher Pendler ist, konnte nicht festgestellt werden.

Finnland – Estland

Obwohl ungefähr 4.000 finnische Unternehmen in Estland registriert sind und man auch von finnischen Grenzpendlern ausgehen kann, liegen hier leider keine verwertbaren Daten vor. Lediglich eine Erhebung geht hier von ca. 500 grenzpendelnden Finnen aus.²³

Estland

Estland- Finnland

Von Estland nach Finnland pendeln wohl ca. 10.000 - 13.000 Beschäftigte, die vor allem in den Bereichen, Bau, Transport, Gastronomie, Hauswirtschaft und Medizin arbeiten.²⁴ Eine weitere Schätzung geht sogar von 20.000 Beschäftigten aus.²⁵

Von 2002 bis 2008 befand sich in Tallinn das **Zentrum für den Finnischen Arbeitsmarkt**. Zu seinen Aufgaben gehörten Aufklärung und Betreuung der am finnischen Arbeitsmarkt interessierten Menschen. Die Dienstleistungen des Zentrums waren kostenlos und für alle Interessierten zugänglich. Inzwischen gibt es in Tallinn ein EURES-Büro mit zwei Mitarbeitern, die die Beratungsaufgaben für Grenzpendler erfüllen.

Lettland

Lettland - Estland

Zwischen Estland und Lettland gibt es seit 1995 einen Kooperationsvertrag, der die Felder Kultur, Sport, Ausbildung, Stadtentwicklung, Umwelt und Unternehmen umfasst. Es existiert

¹⁹ Report to the Parliament on the Impacts of the Transition Period Act and the Free Movement of Labour and Services on the Labour Market Situation in Different Sectors. [Given to the Parliament 8th of March 2006] http://www.mol.fi/mol/en/99_pdf/en/01_ministry/vns-en.pdf

²⁰ Arosara, Tuukka. 2004. S. 10. "Työvoiman liikkuvuudesta Pohjois-Karjalan ja Karjalan tasavallan välillä." SPATIA Raportteja 3/2004. http://www.joensuu.fi/spatia/julkaisut/rap2004_3.pdf

²¹ Ibid, S. 24.

²² http://vuoksi.etela-karjala.fi/sijoittautumismuistio/eng_web.pdf

²³ Mkw

²⁴ <http://www.eures.ee/6909>

²⁵ Mkw

auch ein Estnisch-Lettisches Komitee für grenzüberschreitende Kooperation, das folgende Ziele hat:

- 1) Koordinierung der Berufsausbildung und Sprachkenntnisse,
- 2) Vereinfachung der Grenzübertritts,
- 3) Vergabe von Identifikationskodes für in Estland arbeitende Letten

- 4) Vereinfachung des Zugangs zur Krankenpflege,
- 5) Organisation der Busverbindung zwischen beiden Städten.

Eine genaue Angabe von Grenzpendlerdaten ist nicht möglich, da keine Schätzungen oder Hochrechnungen vorliegen. Nach der Auffassung von Wirtschaftsexperten arbeiten in Lettland bis zu 3.000 Esten. Im Sommer 2007 waren insgesamt 1373 Unternehmen mit estnischer Herkunft in Lettland tätig. Beides ermöglicht zwar keine genauen Schlussfolgerungen für Daten über Grenzpendler, bestätigt jedoch die Vermutung, dass sich durch den Beitritt beider Länder zur Europäischen Union ein höheres Grenzpendleraufkommen entwickelt hat.

Eine Untersuchung kommt auf ca. 1000 Grenzpendler insgesamt. Jeweils die Hälfte stammt aus Estland und aus Lettland²⁶. In der estnisch-lettischen Zwillingstadt Valga (EE) und Valka (LV) gibt es eine enge Kooperation zwischen den städtischen Behörden beiderseits der Grenze. Dennoch werden die Grenzpendlerzahlen als nur sehr gering eingeschätzt.

Litauen

Litauen-Lettland

Von 2004 bis 2007 wurden ca. 90.000 Litauer und 48.000 Letten in Großbritannien und Irland registriert. Länder in der Ostseeregion sind damit nicht die vorrangigen Ziele für Arbeitnehmer, die Beschäftigung im Ausland suchen. Da auch die Gehaltsunterschiede zwischen den beiden Ländern sehr gering sind, kann man davon ausgehen, dass zwischen den beiden Staaten eine sehr geringe Anzahl von Pendlern existiert. Es sollen sowohl aus Litauen wie aus Lettland jeweils 500 Menschen Grenzpendler sein²⁷.

Polen

Polen – Lettland

Eine Studie arbeitet hier mit ca. 200 polnischen Grenzpendlern in Lettland. Aus der Gegenrichtung liegen keine Daten vor²⁸.

Polen - Deutschland

Deutschland war in den Jahren 2007 und 2008 ein wichtiges Zielland für polnische Wanderarbeitnehmer. In diesen Jahren waren zwischen 190.000 und 230.000 polnische Saisonarbeitnehmer in Deutschland beschäftigt. Auch geht man davon aus, dass ca. 43.500 Polen in Deutschland langfristig tätig sind. Untersuchungen gehen von 1.350 Grenzpendler zwischen beiden Ländern aus, wovon 1.200 polnische Bürger sind, die nach Deutschland pendeln und nur 150 aus Deutschland nach Polen²⁹. Weitere Daten lagen nicht vor.

²⁶ Mkw

²⁷ Mkw

²⁸ Mkw

²⁹ Mkw

b) Jugendarbeitslosigkeit

Um sich einen Überblick über die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern der Ostseeregion zu verschaffen, hat die Arbeitsgruppe als Grundlage die Daten von EUROSTAT verwendet, um eine gemeinsame vergleichbare Datenbasis zu haben. EUROSTAT selbst erhebt keine Daten. Dies erfolgt durch die Statistikbehörden der Mitgliedstaaten. Diese prüfen und analysieren nationale Daten und übermitteln sie an EUROSTAT. Dessen Aufgabe ist es, die Daten anzugleichen und zu gewährleisten, dass sie vergleichbar sind, d.h. nach einer einheitlichen Methodik erstellt wurden. Die Daten, die EUROSTAT herausgibt, sind also soweit wie möglich harmonisiert.

Gleichzeitig legen die Arbeitsgruppenmitglieder ebenso Wert auf die Feststellung, dass es in den einzelnen Ländern durchaus andere statistische Zählweisen gibt, die dann auch zu anderen Ergebnissen führen.

Unabhängig von der jeweiligen Zählweise ist jedoch die Höhe der Arbeitslosigkeit junger Menschen für alle Länder eine große Herausforderung. Unter Zugrundelegung der EUROSTAT-Daten geht die Bandbreite der Arbeitslosenquote für junge Menschen von 8,8 Prozent in Norwegen bis zu 29,2 Prozent in Lettland.

Gesamtüberblick

Ursachen für Jugendarbeitslosigkeit sind vor allem ein zu geringes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Schwierigkeiten bei der Berufsorientierung im Übergang von der Schule zum Beruf, Qualifikationsdefizite nach dem Schulbesuch, mangelnde Ausbildungsreife, teilweise zu hohe Erwartungen der Wirtschaft, zu geringe Kontakte zwischen Schule und Arbeitswelt, Demotivierung einzelner Jugendlicher zu Schule und/oder Ausbildung, Jugendlichen, die früh von den Grundschulen aussteigen oder sie ohne Abschluss verlassen, Behinderungen, soziale Risikoumgebung (Probleme in der Familie, Drogen und Alkoholabhängigkeit) oder eine Kombination von verschiedenen Faktoren.

Die Arbeitsgruppe ließ sich bei ihren Sitzungen in den gastgebenden Ländern jeweils ausführlich über die dortige Situation der Jugendarbeitslosigkeit sowie über die Maßnahmen zu deren Reduzierung von Experten informieren. In allen Ländern finden wir eine Vielfalt von Aktivitäten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit junger Menschen. Diese sind in ihrer Qualität, ihren Strategien und Wirkungen jeweils vor dem Hintergrund der Strukturen der schulischen und betrieblichen Ausbildung, der jeweiligen Personengruppen und den spezifischen Herausforderungen in den jeweiligen Ländern zu sehen und einzuschätzen.

Eine Bewertung hat die Arbeitsgruppe nicht vorgenommen. Das war auch nicht ihre Aufgabe. Sie versteht diesen Bericht vielmehr als eine darstellende Zusammenfassung dieser Thematik, damit deren Stellenwert auch in den Mittelpunkt politischen Handelns gerückt wird. Die Wiedergabe einzelner Maßnahmen oder Best-Practice-Beispiele aus den Ländern soll der Ideengebung und der Prüfung einer eventuellen vollen oder teilweisen Übernahme dienen. Gleichwohl hat die Arbeitsgruppe schlussfolgernd aus den erhaltenen Informationen und den geführten Diskussionen Empfehlungen erarbeitet, die mit dazu beitragen sollen, Jugendarbeitslosigkeit noch entschiedener zu bekämpfen und sehr frühzeitig mit präventiven Aktivitäten in der Schule zu beginnen.

Es schein offenkundig, dass Jugendliche in manchen Teilen der Ostseeregion stärker von der globalen Finanzkrise betroffen sind als der Rest der Bevölkerung. Besonders in Schweden, Finnland, Estland, Lettland und Litauen ist die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2008 und Juni 2009.³⁰

Dänemark

Jugendarbeitslosigkeit in Dänemark:³¹

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
6.2	8.3	7.4	9.2	8.2	8.6	7.7	7.9	8.6	11.3*

*June 2009

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Dänemark

Jugendarbeitslosigkeits-Programm - Das Programm ist eine Kombination aus aktiver Arbeitsmarktpolitik und verschärften Sanktionen. Die Trainingsprogramme sind auf Jugendliche ohne Ausbildung ausgerichtet und dauern bis zu 18 Monate. Im Falle einer Ablehnung eines Jobangebots folgt die komplette Streichung von Lohnersatzleistungen.

„Youth Guidance Center“/Produktionsschule - Das Youth Guidance Center vermittelt Jugendliche, deren Schulalltag problematisch verläuft (z.B. „notorische Schulschwänzer“) an spezielle handwerklich orientierte und berufsvorbereitend ausgerichtete Produktionsschulen.

Norwegen

Jugendarbeitslosigkeit in Norwegen:³²

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
9.8	10.1	10.8	11.2	11.4	8.6	8,3	7.3	7.2	10.3*

*May 2009

Derzeit ist die Jugendarbeitslosigkeit in Norwegen auf einem historischen Tiefstand. Der bis Ende 2008 stattgefundenen Rückgang der Arbeitslosigkeit für junge Menschen verläuft parallel zur Entwicklung der generellen Arbeitslosigkeit. Und es gibt nur eine kleine Zahl an jungen Menschen, die langfristig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist deutlich höher bei Erwachsenen als bei Jugendlichen.

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendgarantie - Das Parlament hat die Regierung aufgefordert eine Jugend-Garantie einzuführen. Alle jungen Menschen unter 25 Jahren sollen das Recht auf Arbeit, Ausbildung oder auf Kurzjob haben.

Begleitgarantie für Jugendliche im Alter von 20-24 - Arbeitslose Jugendliche im Alter von 20-24 Jahren bekommen innerhalb von drei Monaten Arbeitslosigkeit eine besondere Begleitgarantie von der staatlichen Beschäftigungsbehörde. Diese beinhaltet umfassende Beratung und Maßnahmen zur Arbeitsmotivation.

³⁰ Vgl. Artikel Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Juli 2009, Die ZEIT, 30. Juli 2009 und Studie des DGB, Krise trifft junge und ältere Arbeitnehmer besonders, Juli 2009

³¹ EUROSTAT. Harmonisierte Arbeitslosigkeitsdaten. 2009 Angaben Stand Juli 2009.

³² EUROSTAT

Begleitgarantie für Schulabbrecher - Die regionalen Behörden organisieren einen Begleitservice für Jugendliche, die die höhere Schule abbrechen oder diejenigen, die vom Schulabbruch gefährdet sind.

Die derzeitige Regierung hat vorgeschlagen, die Bildungspolitik mehr in Richtung Arbeitsmarkt zu orientieren. Auch die Trainingmaßnahmen sollten praxisorientierter werden um die Integration in Arbeit zu erhöhen.

Schweden

Jugendarbeitslosigkeit in Schweden³³

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
10.5	10.9	11.9	13.4	16.3	21.7	21.5	19.1	20.0	29.7*

*June 2009

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Schweden

Senkung der Sozialversicherungsabgaben - Die Arbeitgeber erhalten für Personen zwischen 18 und 25 Jahren eine Senkung der Aufwendungen für die Sozialversicherung. Dies soll nun auch bis zum 26. Lebensjahr erweitert werden. Gleichzeitig intensiviert die Job-Agentur in den Matching-Prozess (passgenaue Qualifizierung für den Arbeitsmarkt) für arbeitslose Jugendliche.

„**Jobbgarantin för unga**“ (Arbeitsgarantie für Jugendliche) - Die Jugendlichen erhalten verstärkte Unterstützung bei der Jobsuche wie z.B. Bewerbungstrainings. Im Gegenzug müssen die Teilnehmer verstärkte Anstrengungen bei der Jobsuche nachweisen. Dabei werden Lohnersatzleistungen aus der Arbeitslosenversicherung finanziert. Diese liegen zu Programmbeginn höher als bei der allgemeinen Job-Garantie für Langarbeitslose. Die Programmdauer beträgt zunächst 15 Monate oder läuft bis der Teilnehmer einer Beschäftigung nachgeht, bei der kein zusätzlicher Bezug von Lohnersatzleistungen nötig ist.

Åland

Jugendarbeitslosigkeit in Åland³⁴

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
3.5	2.8	3.0	4.3	4,8	4.1	5.3	4.6	4.2	5,1*

*June 2009

Beispiel von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Åland

„**Katapult youth project**“ - Das Ziel des Projekts ist eine dauernde, gut funktionierende und flexible Methode zu schaffen, die zur Integration in den Arbeitsmarkt von jungen Arbeitslosen führt. Die Zielgruppe des Projektes sind Jugendliche zwischen 16 – 24, die keine Ausbildung haben.

³³ EUROSTAT

³⁴ Åland ist eine mit weitgehender Autonomie ausgestattete Provinz Finnlands.

Finnland

Jugendarbeitslosigkeit in Finnland³⁵

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
21.4	19.8	21.0	21.8	20.7	20.1	18.7	16.5	16.5	22.5*

*June 2009

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Finnland

„**Outreach Arbeit**“ - Die finnische Regierung bemüht sich besonders um die jungen Menschen, die nicht in Ausbildung oder Beschäftigung sind. Die Regierung hat 30,5 Millionen Euro eingeplant um diese Jugendlichen zu erreichen. Das Bildungsministerium stellt z.B. Mittel für die Organisation von „*Jugendworkshops*“ zur Verfügung, um die fehlenden jungen Menschen zu erreichen.

Nationaler Aktionsplan für die Arbeitsmarktpolitik - Im Plan verankertes Fernziel war eine Qualifizierungsoffensive für junge Menschen an der Schnittstelle von Schulausbildung und Arbeitsmarkt. Bis 2008 sollten 96 Prozent aller Gesamtschulabgänger in weitere Bildungsmaßnahmen integriert werden. Eine Evaluation ist derzeit noch offen.

JobCoaching - Die Jugendlichen werden nicht nur bei ihrer Suche nach einem Arbeitsplatz unterstützt, sondern auch bei ihren Bemühungen, sich an die neue Arbeitsumgebung anzupassen. Ein Job-Coach kann Jugendliche während der ersten Wochen oder Monate einer neuen Beschäftigung betreuen und helfen die schwierige Übergangszeit zu bewältigen.

Estland

Jugendarbeitslosigkeit in Estland³⁶

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
23.9	23.1	17.6	20.6	21.7	15.9	12.0	10.0	12.0	36,1*

*June 2009

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Estland

Das estnische Arbeitsamt bietet jungen Arbeitslosen diverse Dienstleistungen an, die dazu beitragen sollen, sie wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren:

Information über den Arbeitsmarkt und die Förderungen zur Integration.

Persönliche Beratung und Hilfe bei der Planung des Berufsweges, die durch psychologische Tests und Analyse der jeweiligen Fähigkeiten unterstützt wird.

Arbeitsübungen durch Praktika und „Gemeinnützige Arbeit“ zwischen drei und vier Monaten, um den arbeitslosen Jugendlichen Gelegenheiten zur Erfahrung im betrieblichen Alltag zu geben und/oder Arbeitsgewohnheiten zu erlernen.

³⁵ EUROSTAT

³⁶ EUROSTAT

Förderung der Gründung eigener Unternehmen durch finanzielle und qualifizierende Unterstützung. Voraussetzungen sind ein Mindestalter von 18 Jahren sowie ein abgeschlossenes Wirtschaftsstudium oder die Teilnahme an Unternehmenskursen.

Lettland

Jugendarbeitslosigkeit in Lettland³⁷

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
21.4	22.9	22.0	18.0	18,0	13.6	12.2	10.7	13.1	32.2*

*June 2009

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Lettland

Das „Career Day“ Projekt – Das Karrieretag-Projekt gibt den Arbeitgebern die Gelegenheit, einem interessierten und kompetenten Arbeitssuchenden einen Arbeits- oder Praktikumsplatz anzubieten und Daten über potentielle Bewerber zu sammeln.

Schattentag Projekt – Das Schattentag-Projekt gibt Schülern die Möglichkeit als ein „Schatten“ einen Beschäftigten bei der Arbeit zu begleiten, zu beobachten und Erfahrungen zu sammeln.

Ausbildungskurs für gehörlose und hörbehinderte jungen Arbeitssuchende – Die weiterführende Schule für handwerkliche Berufe in Riga vermittelte gehörlosen und hörbehinderten jungen Arbeitssuchenden wertvolle Kenntnisse als Innendekorateure, Installateure, Tischler, Elektriker, Floristen, und trug damit zur Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit bei. Es wurde ein spezieller Ausbildungskurs mit geeignetem Unterrichtsmaterial und Lernhilfen entwickelt.

Litauen

Jugendarbeitslosigkeit in Litauen³⁸

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
30.6	30.9	22.4	25.1	22.7	15.7	9.6	8.2	13.4	29.2*

*June 2009

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Litauen

JobCenter für Jugendliche – Die JobCenter geben Jugendlichen Informationen über neue Arbeitsplätze, Ausbildungsmöglichkeiten, helfen bei der Karriereplanung und bei der Anpassung an Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik

Gesellschaftliche Eingliederung von Straftätern – Das Ziel des Projektes war, den zu weiteren Straftaten führenden Teufelskreis zu durchbrechen und die sozialen Kompetenzen von Teenagern zu verbessern, die aus der Haft entlassen wurden. Die Idee dabei ist, durch die Förderung der Anpassungsfähigkeit und Ausbildung in einem Handwerk, z.B. Bäckerhandwerk, junge Straftäter auf die Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorzubereiten.

³⁷ EUROSTAT

³⁸ EUROSTAT

Polen

Jugendarbeitslosigkeit in Polen³⁹

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
35.1	39.5	42.5	41.9	39.6	36.9	29.8	21.7	17.3	19.1*

*June 2009

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Polen

Auf die „Arbeitslosen in besonderer Situation auf dem Arbeitsmarkt“ sind folgende Maßnahmen ausgerichtet:

- Beschäftigung auf Probe (für Arbeitslose unter 25 Jahren),
- Stipendien in Höhe von 40% des Arbeitslosengeldes für 12 Monate an Arbeitslose unter 25 Jahren, die keine berufliche Qualifikation haben und diese durch Unterricht oder Studium erwerben,
- Pflicht des Arbeitsamtes, einem Arbeitslosen unter 25 und über 50 Jahren binnen 6 Monaten seit der Registrierung ein Stellenangebot zu machen.

Projekt Traumschule – dieses Projekt diente zur Verbesserung der Bildungschancen von Schülern in ländlichen Primar-, Mittel-, und Sekundarschulen sowie Schulen mit einem Anteil von mindestens 35 Prozent an Schülern aus dem ländlichen Raum. Nach Vorlage eines Entwicklungsplans erhielten Schulen in ländlichen Gegenden Zuschüsse zur Erweiterung der Bildungschancen ihrer Schüler, zur Verbesserung ihrer Lehrpläne und zur Weiterbildung ihres Lehrpersonals. Im Rahmen des Projektes wurden 250 000 Stunden für außerschulische Weiterbildung und Lehrgänge aufgewendet, an denen sich 85.000 Schüler und 5.000 Lehrer beteiligten.

Berufstätige Mama – Berufliche Eingliederungsprogramme für Mütter von behinderten Kindern. Den Frauen wurde eine angemessene IT-Ausstattung für Online-Kurse zu selbständiger Tätigkeit und flexiblen Arbeitsmethoden zur Verfügung gestellt. Im Verlauf des Projekts wurde die Scheu vor dem Gebrauch von Informationstechnologien abgebaut. Dies führte zu einer Steigerung ihres Selbstwertgefühls und hatte insgesamt einen positiven Einfluss auf ihre Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Deutschland

Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
7.5	7.7	9.1	9.8	11.9	14.2	12.8	11.1	9.9	10.9*

*June 2009

³⁹ EUROSTAT

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland

Ausbildungspakt – Der Ausbildungspakt zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft. Die Wirtschaft hat sich das verbindliche Ziel gesetzt, pro Jahr 60.000 neue Ausbildungsplätze und 30.000 neue Ausbildungsbetriebe einzuwerben. Die Wirtschaft hat sich das verbindliche Ziel gesetzt, jährlich 40.000 Plätze für betrieblich durchgeführte Einstiegsqualifizierungen bereitzustellen. Die Bundesregierung hat die Förderung von jeweils 40.000 Plätzen wird für die kommenden drei Jahre sichergestellt.

Die Bundesregierung wird den Anteil der Ausbildungsplätze in der Bundesverwaltung auf mindestens 7 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten festschreiben. Die Bundesregierung wird das Bund-Länder-Ausbildungsprogramm Ost bis 2010 mit einem Gesamtvolumen von 22.000 Plätzen fortführen.

Berufsausbildungsbonus - Firmen, die zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen und diese mit Bewerbern, die spezielle Hilfen benötigen, (z.B. junge Leute ohne abgeschlossene Schulbildung), erhalten eine finanzielle Unterstützung vom Staat. Sie kann einmalig zwischen 4.000 – 6.000 Euro liegen.

Eingliederungs- und Qualifizierungszuschuss für Jüngere unter 25 Jahren – Der Eingliederungszuschuss zielt auf jüngere Arbeitnehmer mit Berufsabschluss, der Qualifizierungszuschuss dagegen auf solche ohne Berufsabschluss. Bei der Förderung werden höchstens Bruttoarbeitsentgelte von 1.000 Euro monatlich zugrunde gelegt.

JobPerspektive – Für langzeitarbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige über 18 Jahren mit besonderen Vermittlungshemmnissen wurde eine besondere Arbeitgeberförderung eingeführt. Voraussetzung ist, dass grundsätzlich mindestens 6 Monate lang erfolglos eine aktive Vermittlung des Hilfsbedürftigen in den Arbeitsmarkt versucht worden und eine Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten 24 Monaten nicht zu erwarten ist.

Einstiegsqualifizierung Jugendlicher – Das Programm ermöglicht jungen Menschen den Zugang zu einer Ausbildung. Zielgruppe des Projekts sind jugendliche Ausbildungsbewerber mit eingeschränkten Vermittlungsperspektiven und Jugendliche, die noch nicht im volle Maße über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen. Sie können diese im Laufe eines Jahres erwerben und dann eventuell in eine Ausbildung übernommen werden. Die Übernahmequote lag in den letzten beiden Jahren bei ca. 70%.

Schleswig-Holstein

Jugendarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein⁴⁰

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
7.1	9.4	10.7	9.7	14.8	15.4	13.3	12.9	*	*

*Keine EUROSTAT Daten verfügbar

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein

Projekt Schule und Arbeitswelt - Die Jugendlichen sollen bereits in der Schule noch besser auf Ausbildung und Beruf vorbereitet werden. Dafür investieren das Land, die Europäi-

⁴⁰ EUROSTAT

sche Union und regionale Träger bis zum Jahr 2013 ca. 55 Millionen Euro. Die Jugendlichen werden gezielt im Übergang zwischen dem Schulabgang aus der allgemein bildenden Schule und dem Eintritt in die berufliche Bildung beziehungsweise der Arbeitswelt erreicht - das beginnt in der Regel in der 8. Klasse des Bildungsganges Hauptschule oder Förderzentrum und reicht bis zur Berufseingangsphase an der beruflichen Schule. Handlungsorte sind die „Flexible Übergangsphase“, die Förderzentren und die Berufseingangsklassen.⁴¹

Bündnis für Ausbildung - Das Bündnis für Ausbildung hat zum Ziel, allen ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Die Bündnispartner tragen dafür Sorge, dass zusätzliche Ausbildungsplätze eingeworben werden, um dieses Ziel zu erreichen. Das Bündnis wurde erstmals 1997 zwischen Kammern, Verbänden, Gewerkschaften, dem Landesarbeitsamt und der Landesregierung geschlossen. In den zurückliegenden Jahren hat das Bündnis für Ausbildung maßgeblich dazu beigetragen, jedem ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz im dualen System anzubieten.

Mecklenburg-Vorpommern

Jugendarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern⁴²

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
12.0	13.0	14.7	19.8	19.2	20.8	20.3	19.4	*	*

*keine EUROSTAT Zahlen verfügbar

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern

Produktionsschulen – sind eine Möglichkeit, um junge Leute im Arbeitsleben zu integrieren.⁴³ Sie bieten als eigenständige betriebsähnliche Bildungseinrichtungen zwischen allgemein bildender Schule und Arbeitsmarkt jungen Menschen (von 15 bis 25) auf Basis von Freiwilligkeit und auf Grundlage eines Bewerbungsverfahrens je nach ihrem Lernstand jederzeit eine mögliche Hilfe beim Übergang Schule-Beruf.

Produktionsschulen stellen die gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe junger Menschen in den Mittelpunkt. Durch berufliche und soziale Integration sollen junge Menschen Zukunfts- und Lebensperspektive gewinnen und eigenverantwortlich handelnde Persönlichkeiten werden. Produktionsschulen entwickeln dazu Orientierungs-, Vorbereitungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote.

Hamburg

Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg⁴⁴

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-/ ⁴⁵	-/-	9.9	-/-	14.3	14.8	15.9	11.6	*	*

*Keine EUROSTAT Daten verfügbar

⁴¹ <http://www.schleswig-holstein.de/Bildung/DE/SchuleWirtschaft/HandlungskonzeptSchule>

⁴² EUROSTAT

⁴³ <http://www.bv-produktionsschulen.de/downloads/Fachkonzept-Produktionsschule>

⁴⁴ EUROSTAT

⁴⁵ Laut EUROSTAT unzuverlässige Daten.

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg

Hamburger Ausbildungsplatzprogramm (HAP) - Im Hamburger Ausbildungsplatzprogramm können Jugendliche mit schlechten Startchancen eine sozialpädagogisch begleitete betriebliche Ausbildung absolvieren. Das HAP gilt für Hamburger Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss, die eine Berufsvorbereitungsmaßnahme durchlaufen haben und bei denen Betriebsreife festgestellt wurde.

Einstiegsqualifizierung für Jugendliche EQ - Die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQ) ist ein betriebliches Praktikum, bei dem die Teilnehmer/-innen in einem Betrieb arbeiten und Grundkenntnisse für einen anerkannten Ausbildungsberuf erwerben.

Russland

Jugendarbeitslosigkeit in Russland⁴⁶

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
25.7	26.7	26.5	28.9	28.1	28.4	31.1	29.6	29.4	29*

*Keine Angaben

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Der Arbeitsgruppe lagen keine Informationen vor, weil der russische Teilnehmer nie an einer Sitzung teilgenommen hat.

Iceland

Youth unemployment in Iceland⁴⁷

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
4.7	4.8	7.2	8.2	8.1	7.2	8.4	7.2	8.2	21.9*

*June 2009

Beispiele von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Der Arbeitsgruppe lagen keine Informationen vor, weil Island keinen Teilnehmer für die Sitzungen benannt hat.

5. Sitzungen und Termine der Arbeitsgruppe

Oktober 2007	- Die Einladung mit der Bitte, die Mitglieder der Arbeitsgruppe zu benennen, wurde am 24. Oktober 2007 den Präsidenten der Mitgliederparlamente und parlamentarischen Organisationen der BSPC übermittelt.
---------------------	--

⁴⁶ ROSSTAT

⁴⁷ OECD Statistics, EUROSTAT Statistics for Iceland not available

<p>3. März 2008 (Berlin, Deutschland)</p>	<p>Erste Sitzung der Arbeitsgruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorsitz, Aufgabe und Zeitrahmen - Diskussion über Probleme und Prioritäten der AG-Arbeit, Arbeitsplan und Tätigkeiten - Vortrag über die Pendlerwanderung und die Jugendarbeitslosigkeit in der Ostseeregion von Franz Thönes, Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales - Vortrag über die Arbeit des Informationszentrums Graense-Grenze in Padborg von Andrea Kunsemüller, ehemalige Leiterin des Informationszentrums Padborg
<p>5. Mai 2008 (Helsinki, Finnland)</p>	<p>Zweite Sitzung der Arbeitsgruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vortrag über die Pendlerwanderung und die Jugendarbeitslosigkeit in Finnland von Tarja Cronberg, MdP, Minister für Arbeit, Finnland, und Laila Lankinnen, Vertreterin der Stadt Helsinki - Vortrag über die Sichtweise der Gewerkschaften zu den Pendlern in der Ostseeregion und zum Ostseenetzwerk für Arbeit, Baltic Sea Labour network (BASTUN), von Mika Häkkinen, Vertreter von BASTUN - Berichte der AG-Mitglieder über die Pendlerwanderung und die Jugendarbeitslosigkeit in Finnland - Halbzeitbericht für die 17. BSPC in Visby - Arbeitsplan 2008-2009
<p>1.-2. September 2008 (Visby, Schweden)</p>	<p>Vortrag über die Fortschritte der Arbeitsgruppe für die 17. BSPC in Visby (Schweden) - Halbzeitbericht des Vorsitzenden</p>
<p>29. September 2008 (Oslo, Norwegen)</p>	<p>Dritte Sitzung der Arbeitsgruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vortrag über Informationen und Verfahren zur Fallarbeit bei Wanderarbeitnehmern von Per Brannsten, Direktor für Strategie, und Berit Alfsen, EURES-Managerin der Norwegischen Direktion für Beschäftigung und Wohlfahrt - Vortrag über die politischen Reformen im Bereich Ar-

	<p>beit und Wohlfahrt; politische Erwägungen von Jan-Erik Støstad, Staatssekretär im norwegischen Ministerium für Arbeit und soziale Eingliederung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vortrag über die Sichtweise der Arbeitgeber über die Pendler und die Jugendarbeitslosigkeit in der Ostseeregion von Sverker Rudeberg, Schwedischer Unternehmerverband und Mitglied von BUSINESSEUROPE - Resolution der 17. BSPC in Visby - Halbzeitbericht - Arbeitsplan für 2008/2009.
<p>21./22. Januar 2009 (Kopenhagen, Dänemark)</p>	<p>Vierte Sitzung der Arbeitsgruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorträge über Pendler und Jugendarbeitslosigkeit in der Region Öresund von Mikael Stamming, Direktor des Öresund-Ausschusses, Anders Oldhov, Geschäftsführender Direktor des Öresund-Sekretariats, und Eva Eilstrup, Ratsmitglied der Pendler-Organisation in der Region Öresund - Besuch des Informationszentrums in Malmö - Diskussion wichtiger Fragen zum Schlussbericht - Arbeitsplan 2009
<p>30./31. März oder (Tallinn, Estland)</p>	<p>Fünfte Sitzung der Arbeitsgruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vortrag über Pendler und Jugendarbeitslosigkeit in Estland von Kerstin Peterson, Beraterin, und Annika Sepp, Leitende Expertin, estnisches Ministerium für soziale Fragen - Vortrag über die Arbeit der finnischen Informationsstelle zu Arbeitsfragen in Tallinn von Eve Kyntäja, Leiterin der finnischen Informationsstelle zu Arbeitsfragen in Tallinn - Vortrag über die Arbeit der AG VBSS zur Zusammenarbeit betreffend gefährdete Kinder (WGCC) von Anniki Tikerpuu, Abteilungsleiterin Familie und Kinder, estnisches Ministerium für soziale Fragen - Entwurf des Schlussberichts und Empfehlungen zum Resolutionsentwurf für die 18. BSPC in Nyborg
<p>11./12. Mai 2009</p>	<p>Letzte Sitzung der Arbeitsgruppe</p>

(Berlin, Deutschland)	<ul style="list-style-type: none"> - Schlussbericht - Empfehlungen zum Resolutionsentwurf für die 18. BSPC in Nyborg - Vorträge über Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland von Ralf Buchholz and Katrin Göggel, Ländersachbearbeiter, Bundesministerium für Arbeit und Soziales - Die Arbeit von EURES und Pendlerzahlen von Dr. Wolfgang Müller, Vertreter von EURES, Deutsche Agentur für Arbeit
31. August 2009 (Nyborg, Dänemark)	18. BSPC in Nyborg, Dänemark <ul style="list-style-type: none"> - Vorstellung des Schlussberichts der Arbeitsgruppe

6. Mitglieder der Arbeitsgruppe

1. **Franz Thönnnes**, MdB Deutschland, Vorsitzender, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
2. **Anna König Jerlmyr**, MdP Schweden, Stellvertretende Vorsitzende, Mitglied des Ausschusses „Arbeitsmarkt“ des schwedischen Parlaments
3. **Göte Wahlström**, MdP Schweden, Mitglied des Ausschusses „Wohlfahrt“ des Nordischen Rates
4. **Janne Seurujärvi**, MdP Finnland, Mitglied des Ausschusses „Wirtschaft und Industrie“ des Nordischen Rates
5. **Barbro Sundback**, MdP Äland
6. **Marion Pedersen**, MdP Dänemark
7. **Tatjana Muravjova**, MdP Estland, Vorsitzende des Ausschusses „Soziale Angelegenheiten“ der Interparlamentarischen Baltischen Versammlung
8. **Krista Anni Susanna Huovinen**, MdP Finnland
9. **Gabi Dobusch**, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
10. **Silva Bendrāte**, MdP Lettland, Vorsitzende des Ausschusses „Soziale Angelegenheiten“ der Interparlamentarischen Baltischen Versammlung
11. **Gediminas Navaitis**, MdP Litauen, Vorsitzender des Ausschusses „Soziale Angelegenheiten“ der Interparlamentarischen Baltischen Versammlung
12. **Werner Kuhn**, Landtagsabgeordneter (Mecklenburg-Vorpommern)

13. **Wolfgang Baasch**, Landtagsabgeordneter (Schleswig-Holstein)
14. **Per Rune Henriksen**, MdP Norwegen, Mitglied des Ständigen Ausschusses „Arbeit und Soziales“
15. **Dorota Arciszewska-Mielewczyk**, MdP Polen, Senatorin
16. **Vladimir Nikitin**, MdP, Russland

SEKRETARIAT:

Sabine Herget, Büroleiterin von Franz Thönnies, MdB Deutschland, Parlamentarischer Staatssekretär

7. Daten und Informationsbasis neben den Berichten und Informationsvorträgen:

Arosara, Tuukka. 2004. "Työvoiman liikkuvuudesta Pohjois-Karjalan ja Karjalan tasavallan välillä." SPATIA Raportteja 3/2004. http://www.joensuu.fi/spatia/julkaisut/rap2004_3.pdf
Country Report Åland 2008

Country portal Schleswig-Holstein. http://www.schleswig-hostein.de/Bildung/DE/SchuleWirtschaft/HandlungskonzeptSchuleUndArbeitswelt/HandlungskonzeptSchuleUndArbeitswelt_node.html

Crossborder Tornedalen. www.arcticjobnet.net

Eskelinen, Heikki. 2008. "Market-driven Processes in an Altered Geopolitical Context: Evolving Patterns of Cross-border Interaction in the Finnish-Russian Case" Paper presented at the Border Regions in Transition IX Conference
http://publicadmin.uvic.ca/brit_ix/papers/eskelinen.pdf

EURES Estonia. <http://www.eures.ee/6909>

Euroregion ARKO. http://www.arko-regionen.org/om_arko.asp

Euroregion Karelia. http://vuoksi.etela-karjala.fi/sijoittautumismuistio/eng_web.pdf

EUROSTAT. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>

Interreg III A – Projects in the region Sønderjylland – Schleswig. 2007.
<http://www.grenznet.com/documents/00092.pdf>

MkW-Wirtschaftsforschung GmbH. 2009. "Study on worker's mobility - cross-border commuting in EU-27 /EEA /EFTA". http://www.mkw-gmbh.de/fileadmin/templates/mkw-gmbh/publications/mkw_workers_mobility.pdf

National Union of Production Schools. 2009. <http://www.bv-produktionsschulen.de/downloads/Fachkonzept-Produktionsschule-12-03-09.pdf>

Nordic commuter map 2008. http://www.norden.org/en/publications/publications/2008-599/at_download/publicationfile

Nordic Statistics yearbook 2008. <http://www.norden.org/en/publications/publications/2008-001>

Øresund trends 2008 <http://www.tendensoresund.org/sv/pendlingen-over-oresund/pendling3.jpg>

Region Sønderjylland-Schleswig. www.region.de

Report to the Parliament on the Impacts of the Transition Period Act and the Free Movement of Labour and Services on the Labour Market Situation in Different Sectors. [Given to the Parliament 8th of March 2006] http://www.mol.fi/mol/en/99_pdf/en/01_ministry/vns-en.pdf

ROSSTAT

Town Flensburg. <http://www.flensburg.de/wirtschaft-arbeit/grenzpendler/index.php>

World Competitiveness Centre. <http://www.imd.ch/research/centers/wcc/index.cfm>

Artikel Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21 July 2009, Die Zeit, 30 July 2009 and Study of the Deutsche Gewerkschaftsbund, Crisis affects younger and older employers significantly, July 2009

OECD Statistics